

# Fullwidth Layouts

## Fullwidth Tiles

Preset : [bb-hadley-blog-fullwidth-tiles](#)



[Das KomPG dient zur Kontrolle der offiziellen Märchen und eliminiert im Endstadium die direkte Demokratie](#)

by [Redakteurin](#) | März 30, 2026 | [Politik](#), [Scheindemokratie](#) | 0 Comments

Was als Schutz verkauft wird, erzählt eine andere Geschichte: Das KomPG reguliert nicht nur Inhalte, sondern bestimmt, welche Stimmen überhaupt noch gehört werden.

[Mehr lesen](#)

[« Older Entries](#)

[Next Entries »](#)

## Fullwidth

Preset : **bb-hadley-blog-fullwidth**



Märchenstunde  
mit Helvetia

**[Das KomPG dient zur Kontrolle der offiziellen Märchen und eliminiert im Endstadium die direkte Demokratie](#)**

by [Redakteurin](#) | März 30, 2026 | [Politik](#), [Scheindemokratie](#) | 0 Comments

Was als Schutz verkauft wird, erzählt eine andere Geschichte: Das KomPG reguliert nicht nur Inhalte, sondern bestimmt, welche Stimmen überhaupt noch gehört werden.

[Mehr lesen](#)

[« Older Entries](#)

[Next Entries »](#)

# Simple Post List

Preset : **bb-hadley-blog-post-list**

## [Überprüfung der der WHO gewährten Vorrechte und Immunitäten](#)

Jan. 30, 2026

Die Schweiz trägt als Gastgeberstaat internationaler Organisationen besondere Verantwortung; nicht nur durch Privilegien, sondern auch durch die Wahrung von Souveränität, demokratischer Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb ersucht der Schweizerische Verein WIR den Bundesrat um eine formelle Überprüfung der der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gewährten Vorrechte und Immunitäten gemäss Gaststaatgesetz, um Transparenz zu schaffen und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen internationaler Zusammenarbeit und schweizerischer Rechtsordnung sicherzustellen.

---

## [Die rote Linie - hier endet staatlicher Zwang](#)

Jan. 28, 2026

Wir ziehen die rote Linie! Denn bei staatlichem Zwang, internationalen Vorgaben und politischer Willkür wird eine Grenze überschritten, die durch keine Verordnung legitimiert werden kann.

---

## [Einforderung unserer Rechte. Der Grossrat TG erhält Post.](#)

Jan. 26, 2026

Ein Bürger aus dem Kanton Thurgau erhebt schwere Vorwürfe gegen Behörden: Trotz klarer gesetzlicher Grundlagen würden grundlegende Rechte missachtet, Dialog verweigert und stattdessen mit Mahnungen, Betreibungen und Druck gearbeitet. In einem eindringlichen Schreiben fordert er die Politik auf,



Verantwortung zu übernehmen, geltendes Recht einzuhalten und einen öffentlichen Diskurs zu ermöglichen, bevor das Vertrauen in den Rechtsstaat irreparablen Schaden nimmt.

---